



Rückkehr der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) oder Fortsetzung der Gambia-Koalition? Luxemburg vor einem spannenden Wahlsonntag

Dr Heinrich Kreft

September 2023

Zusammenfassung

Im Großherzogtum Luxemburg stehen am 8. Oktober Parlamentswahlen an. Die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) hofft nach zehn Jahren an die Regierung zurückzukehren und die mit einer Stimme Mehrheit regierende Dreierkoalition aus Liberalen, Sozialisten und Grünen unter der Führung von Premierminister Xavier Bettel abzulösen. Legt man das Ergebnis der Kommunalwahlen vom Juni und die jüngste Meinungsumfrage zugrunde, dürften die Grünen an Zustimmung verlieren. Stehen diesen Verlusten vergleichbare Zugewinne der beiden anderen Koalitionspartner gegenüber, könnte es erneut für eine knappe Mehrheit der Regierungskoalition und zu einer Fortsetzung der Gambia-Koalition reichen. Eine Mehrheit könnte es auch für eine von der CSV geführte Zweier-Koalition mit den Sozialisten geben. Diese beiden Parteien haben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bereits 43 Jahre lang gemeinsam regiert. Würde es weder für eine dritte Gambia-Koalition noch für eine Zweier-Koalition reichen, könnten die im Parteienspektrum in der linken Mitte verankerten Piraten, denen am kommenden Sonntag ein sehr gutes Abschneiden zugetraut wird, zum Königsmacher bei der Regierungsbildung werden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Nach den Kommunalwahlen am 11. Juni sind die Luxemburger am 8. Oktober aufgerufen, die 60 Mitglieder der Abgeordnetenversammlung zu wählen.

Die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV), die führende Oppositionspartei, hatte bei den Kommunalwahlen Stimmen und Sitze einbüßen müssen, wurde aber in den 56 größten Städten und Gemeinden des Großherzogtums stärkste Partei. Von den drei Regierungsparteien der Gambia-Koalition konnte die liberale Demokratische Partei (DP) des Ministerpräsidenten Xavier Bettel zulegen, während sich die Sozialistische Partei (LSAP) behaupten konnte und der dritte Koalitionspartner, die Grünen, deutliche Einbußen hinnehmen musste.

Allerdings zeigt die Vergangenheit, dass der Ausgang der Kommunalwahlen kaum Prognosen für die Parlamentswahlen erlaubt.

643 Kandidaten aus zwölf politischen Parteien bewerben sich für die Parlamentswahlen am 8. Oktober; 57 der 60 derzeitigen Abgeordneten stellen sich zur Wiederwahl. Bei den letzten Parlamentswahlen am 14. Oktober 2018 war ein Rückgang der traditionellen Parteien zu verzeichnen. Alle drei großen Parteien – die Christlich-Soziale Volkspartei, die Sozialistische Arbeiterpartei und die Demokratische Partei – haben Sitze verloren. Die "kleinen" Parteien und in geringerem Maße die populistischen oder radikalen Parteien konnten zulegen, und die Grünen/Déi Gréng waren die eindeutigen Gewinner der Wahl. Dank des Zugewinns der Grünen konnte die bisherige Koalitionsregierung aus Demokratischer Partei, Sozialistischer Arbeiterpartei und Grünen unter der Führung von Xavier Bettel fortgeführt werden.

Nach einer Meinungsumfrage des Luxemburger Meinungsforschungsinstituts ILRES im Auftrag der Multi-Mediagruppe RTL und der Tageszeitung *Luxemburger Wort* vom vergangenen August würde die Christlich-Soziale Partei (CSV) bei den Wahlen am 8. Oktober mit 28,3 % der Stimmen den ersten Platz belegen. Die Sozialistische Arbeiterpartei käme mit 19,8 % auf Platz 2, gefolgt von der Demokratischen Partei mit 17,4 %. Die Grünen liegen mit 10,7 % zurück, die Piratenpartei (PPL) mit 9,9 %, die rechtskonservative, reformistische Demokratische Alternative Partei (ADR) mit 6,9 % und schließlich Die Linke/Déi Lénk mit 5 %.

Der scheidende Premierminister Xavier Bettel ist mit 34 % weiterhin der beliebteste Politiker unter seinen Landsleuten. Schließlich gaben 39 % der Befragten an, dass sie eine Zwei-Parteien-Koalition bevorzugen würden, während 29 % drei Parteien in der Regierung sehen möchten. Wie in anderen Ländern ist auch in Luxemburg eine politische Zersplitterung und eine Zunahme der Zahl der Parteien zu beobachten.

Das politische System Luxemburgs

Luxemburg ist eine konstitutionelle Monarchie mit S.K.H. Großherzog Henri von Luxemburg an der Spitze. Das Parlament ist ein Einkammersystem: Die Abgeordnetenversammlung besteht aus 60 Abgeordneten, die für fünf Jahre nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden, das auf dem Prinzip des kleinsten Wähleranteils beruht. Es werden Einzelbewerber zugelassen, die jeweils als Liste gelten.

Für die allgemeinen Wahlen ist das Großherzogtum in vier Wahlkreise unterteilt: Der Süden (Kantone Esch-sur-Alzette und Capellen) stellt 23 Abgeordnete, das Zentrum (Kantone Luxemburg und Mersch) 21, der Norden (Kantone Diekirch, Redange, Wiltz, Clervaux und Vianden) neun und der Osten (Kantone Grevenmacher, Remich und Echternach) sieben. Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen mindestens 21 Jahre alt sein. Gemäß Artikel 135 des Wahlgesetzes müssen Listen, die sich zur Wahl stellen wollen, von mindestens 25 Wählern des



Wahlkreises, in dem die Liste kandidiert, oder von einem gewählten Abgeordneten desselben Wahlkreises oder von drei Gemeinderatsmitgliedern, die in einer oder mehreren Städten oder Gemeinden des Wahlkreises gewählt wurden, eingereicht werden. Jede Liste muss mindestens 60 Tage vor der Wahl eingereicht werden.

In Luxemburg hat jeder Wähler so viele Stimmen wie Abgeordnete in seinem Wahlkreis zu wählen sind. Die Wähler können in der Reihenfolge der Stimmabgabe wählen, d. h. sie können jedem Kandidaten auf derselben Liste eine Stimme geben. Sie können auch für Kandidaten verschiedener Listen stimmen oder eine "Doppelstimme" abgeben, d. h. maximal zweimal für einen der Kandidaten derselben Liste stimmen. Es steht den Wählern frei, die beiden letztgenannten Wahlmethoden zu kombinieren, z. B. durch Abgabe einer doppelten Stimme für mehrere Kandidaten aus verschiedenen Listen. Die Sitze werden nach dem Hagenbach-Bischoff-Verfahren verteilt. Im Großherzogtum besteht Wahlpflicht. Luxemburger, die im Ausland oder außerhalb der Gemeinde, in der sie zur Wahl aufgerufen sind, leben, oder die über 75 Jahre alt sind, sind von dieser Pflicht befreit. Eine Zuwiderhandlung wird mit einer Geldstrafe zwischen 100 und 250 € geahndet, die im Wiederholungsfall innerhalb von fünf Jahren nach der Wahl auf 500 € bzw. 1.000 € ansteigt. Wähler können sich aber aus dem Wählerverzeichnis streichen lassen. Allerdings werden in der Praxis „Wahlmuffel“ nur sehr selten bestraft.

Der Parlamentswahlkampf

Der Wahlkampf hat offiziell am 4. September begonnen.

Die **Demokratische Partei** wirbt mit Ihrem Premierminister Bettel und den Erfolgen ihrer Regierungszeit. In ihrem Wahlprogramm setzt sie auf die Themen Wohnen, Energiewende und Wirtschaft. Sie hält an ihrem Steuerreformprojekt fest, einem unerfüllten Versprechen aus der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Sie spricht sich gegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden und die Erhöhung der Unternehmenssteuern aus und möchte die Überstunden der Beamten von der Steuer befreien. Sie zeigt sich offen für alle Vorschläge zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien, lehnt aber ein Bündnis mit den extremen Parteien, d.h. der reformistischen Demokratischen Alternative und der Partei Die Linke/Déi Lénk ab.

Die stellvertretende Premierministerin Paulette Lenert, lange Jahre die beliebteste Politikerin Luxemburgs (jetzt aber hinter Xavier Bettel und dem Spitzenkandidaten der Christlich-Sozialen Partei Luc Frieden zurückgefallen), wurde zur Vorsitzenden und Spitzenkandidatin der **Sozialistischen Partei** gewählt. Das Programm der Sozialisten konzentriert sich auf die Bereiche Wohnen, Gesundheitswesen und Steuern. Sie will die Immobilienspekulation, die die Kauf- und Mietpreise in astronomische Höhen getrieben hat, bekämpfen und setzt sich dafür ein, dass Einkommen unterhalb des Mindestlohns nicht besteuert werden. Sie will zwei zusätzliche Steuerklassen für die höchsten Einkommen einführen, d.h. für Einkommen über 300.000 € bzw. 500.000 € pro Jahr. Sie befürwortet eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 38 Stunden und die Einführung einer sechsten Woche Jahresurlaub.

Die **CSV** hat überraschend den früheren Finanz- (2009-2013), Verteidigungs- (2004-2006) sowie Justiz- und Budgetminister (1998-2009) und „Kronprinzen“ von Ex-Premier Jean-Claude Juncker, Luc Frieden, zum Spitzenkandidaten erkoren. Er hatte sich 2013 nach der damaligen Wahlschlappe der Christsozialen aus der Politik zurückgezogen und war in die Finanzwirtschaft gegangen. Derzeit ist er Präsident der luxemburgischen Handelskammer und von Eurochambres, dem Dachverband der europäischen Industrie- und Handelskammern. Er will die CSV zurück an die Spitze der Regierung führen. Dieses will die CSV mit einem Zehn-Punkte-Wahlprogramm erreichen. Sie will die Gesundheitspolitik reformieren, den Wohnungsbau (u.a. durch die



Senkung der Mehrwertsteuer von 17% auf 3% für Investoren im Bausektor) und die innere Sicherheit (u.a. durch die Einstellung von 700 zusätzlichen Polizeibeamten innerhalb von fünf Jahren). Im Bereich der Wirtschaft zielt das Programm auf eine Erhöhung der Kaufkraft und auf ein gerechteres Steuersystem (u.a. durch eine Verlangsamung der Progression). Junge Berufsanfänger sollen drei Jahre lang weniger Steuern zahlen. Der Dreier-Koalition wirft die CSV eine gegenseitige Blockadehaltung zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung des Großherzogtums vor.

Die Grünen/Déi Gréng treten mit der Ministerin für Justiz und Kultur, Sam Tanson, als Spitzenkandidatin an. Die Partei, deren Ergebnisse bei den Kommunalwahlen am 11. Juni enttäuschend waren, wirbt mit ihrer Regierungsbilanz. Sie weist darauf hin, dass die Investitionen in die ökologische Wende im Jahr 2022 174 Mio. Euro erreicht haben (2017 waren es nur 40 Mio. Euro). Neben einer Erhöhung von Sozialleistungen stellen die Grünen in ihrem Wahlprogramm die Förderung der energetischen Modernisierung von Gebäuden sowie weitere Investitionen in die Schieneninfrastruktur heraus und weisen darauf hin, dass die Produktion erneuerbarer Energien in Luxemburg in der letzten Legislaturperiode von 3,5 % auf 12 % gestiegen ist.

Die Liste der rechtskonservativen **Demokratisch-Alternativen Reformistischen Partei** (ADR) wird von Fred Keup angeführt. Das Motto der Partei lautet "Luxemburg lieben", und sie hofft, am 8. Oktober mindestens fünf Sitze zu gewinnen, die notwendig sind, um im Parlament eine Fraktion zu bilden. Ihr Wahlprogramm konzentriert sich auf die Bereiche Wirtschaftswachstum, Wohnen, Sicherheit und Familienförderung. Die Partei stellt das bisherige, auf hohes Wachstum ausgerichtete, Wirtschaftsmodell des Landes infrage und möchte es durch ein Modell "moderaten Wachstums" ersetzen. Darüber und über Einwanderung will die ADR ein Referendum durchführen. Die Erhöhung der Einwohnerzahl wird als Ursache einer Reihe von großen Problemen ausgemacht: Die hohen Immobilienpreise, die fast ständigen Staus auf den Straßen sowie ein (angeblich) überlastetes Gesundheitssystem.

Auch die **Piratenpartei**, deren Wahlkampfmotto "Faire Lösungen für heute und morgen" lautet, strebt mit ihrem Spitzenkandidaten Sven Clement fünf Sitze und die Bildung einer Fraktion im Parlament an. Sie setzt sich für die Abschaffung der Steuerklassen ein und fordert die Zahlung eines monatlichen Klimabonus, der umweltfreundliches Verhalten belohnen würde."

Die Linke/Déi Lénk kämpft für eine Mietobergrenze, eine Erhöhung des Mindestlohns um 300 Euro pro Monat, eine 32-Stunden-Woche bis 2030 ohne Lohneinbußen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Zudem fordert sie traditionell den Austritt Luxemburgs aus der NATO.

Der Wahlausgang ist völlig offen und dürfte sehr wahrscheinlich knapp ausfallen. Im Regierungslager werden für die Grünen größere Verluste erwartet. Falls diese aber durch Zugewinne der Demokratischen Partei des populären Premierministers Bettel und/oder der Sozialisten kompensiert werden sollten, könnte die derzeitige Gambia-Koalition fortgesetzt werden. Sollte es dafür nicht reichen, dürften die Christsozialen die nächste Regierung bilden und Luc Frieden das Premierministeramt übernehmen. Der wahrscheinlichste Koalitionspartner dürfte dabei die Sozialistische Partei sein. Schließlich haben die beiden Parteien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bereits 43 Jahre lang gemeinsam regiert. Würde es weder für eine dritte Gambia-Koalition noch für eine Zweier-Koalition reichen, könnten die im Parteienspektrum in der linken Mitte verankerten Piraten, denen am kommenden Sonntag ein sehr gutes Abschneiden zugetraut wird, zum Königsmacher bei der Regierungsbildung werden.



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Botschafter Dr. Heinrich Kreft hat den Lehrstuhl für Diplomatie an der Andrassy Universität Budapest inne und ist Leiter (Dekan) des Studiengangs „Internationale Beziehungen und Europäische Studien“. Zudem leitet er das Zentrum für Diplomatie und Sicherheitspolitik der Universität. Er ist seit 38 Jahren im deutschen diplomatischen Dienst und war zuvor von 2016-2020 Botschafter im Großherzogtum Luxemburg.



Heinrich Kreft